

CDU-Fraktionsvorsitzender Heinrich Jöckel

Haushaltsrede 2011

Sitzung des Stadtrates am 21.02.2011

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anreden,

Bei seiner Einbringung am 6.12.2010 wies der Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2011 ein originäres Jahresdefizit des Ergebnishaushalts von 85,01 Mio. Euro ohne Abschreibungen und mit Abschreibungen in Höhe von 130,2 Mio. Euro aus.

Ausweislich der Änderungsliste, die im Rahmen der Hauptausschussberatung uns vorgelegt wurde, ergeben sich Verbesserungen des originären Jahresdefizits um 10,65 Mio. Euro auf 74,45 Mio. Euro, mit Abschreibungen 10,7 Mio. Euro auf 119,5 Mio. Euro. Diese Verbesserungen sind im Wesentlichen auf einmalige Faktoren infolge der wirtschaftlichen Genesung zurückzuführen. Die Entwicklung ist erfreulich, markiert aber keinesfalls eine Trendwende.

Nach wie vor bewegen sich unsere Finanzen in einer Abwärtsspirale. Lediglich deren Drehzahl schwankt. Die Richtung - nämlich steil bergab - bleibt unverändert.

Mit dem jetzt prognostizierten Jahresdefizit ohne Abschreibungen liegen wir etwa 10 Mio. Euro unter dem auf etwa 85 Mio. Euro zu quantifizierenden, strukturellen Defizit. Dieses strukturelle Defizit markiert

das Missverhältnis hoher Pflichtausgaben, insbesondere im Sozialbereich, zu fehlenden Zuweisungen des Landes oder des Bundes. Es ist von uns kaum zu beeinflussen und beruht auf von anderen – nämlich von Bund und Land - vorgegebenen Strukturen.

Alle im kommunalen Bereich Engagierten sind sich einig: Nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte sind überfällig. Die Städte müssen auch in Zukunft handlungsfähig sein.

Unzählige Resolutionen zum Thema „Städte in Not“ wurden in den letzten Jahren von verschiedensten Seiten, auch von unserem Stadtrat verabschiedet.

Aktuell kann ich an dieser Stelle nur auf die Forderungen des Deutschen Städtetages aus der sogenannten „Berliner Resolution“ vom Herbst 2010 verweisen. Diese Forderungen werden von uns ausdrücklich unterstützt. Die Mitgliederkonferenz des Deutschen Städtetages hat die „Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage“ in seiner Herbstversammlung einstimmig beschlossen.

Sie enthält 8 Thesen. Die Wichtigsten lassen sich wie folgt stichwortartig zusammenfassen:

1. Gewerbesteuer stärken, Grundsteuer reformieren
2. deutliche Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben rasch umsetzen
3. Konnexitätsprinzip konsequent beachten – keine neuen

Belastungen ohne Ausgleich für die Kommunen. Allein die aktuelle Diskussion um die Hartz IV Reformen und die Beschlüsse von vergangener Nacht stimmen skeptisch, inwieweit diese Forderung umgesetzt oder doch einmal mehr missachtet wird.

4. Kommunen an der Gesetzgebung beteiligen, Kostenfolgen verlässlich berechnen
5. Länder müssen ihrer Verantwortung für die Städte gerecht werden
6. Städte als Partner in zentralen Zukunftsaufgaben anerkennen
7. aktive, vorsorgende Sozialpolitik in den Städten stärken
8. kein Jugendlicher ohne Schulabschluss – keine Chance der Chancenlosigkeit

Hinzu kommt aber insbesondere die Situation der Städte gerade in Rheinland-Pfalz. Es ist kein Zufall, dass Rheinland-Pfalz in der Spitzengruppe aller Länder bei der Gesamthöhe der kommunalen Kassenkreditschulden ist. Übertroffen werden wir nur vom Saarland. Genauso wenig ist es Zufall, dass unter den Top 20 der Städte und Gemeinden mit dem höchsten Stand an Kassenkreditschulden allein sieben Städte aus Rheinland-Pfalz sind – aber bezeichnenderweise keine einzige Stadt aus Baden-Württemberg. Die finanzielle, die Selbstverwaltung garantierende Finanzausstattung der Städte in Rheinland-Pfalz durch das Land ist absolut unzureichend. Der kommunale Finanzausgleich muss neu geregelt, die Lastenverteilung zu Ungunsten der kreisfreien Städte der letzten Jahrzehnte unbedingt korrigiert werden.

In diesem Zusammenhang stehen auch Diskussionen um den

kommunalen Entschuldungsfonds. Fiskal - und entschuldungstechnisch mag es verlockend sein, am Ende, nach 15 Jahren eine Bruttoentlastung von 400 Mio. Euro auf dem Konto zu haben. Ungewiss ist jedoch, was dies per Saldo bedeutet - die Gefahr eines neuen Schuldenaufbaus bleibt ja unverändert. Und ein Drittel Eigenanteil, den jede Stadt „oben einlegen“ muss, müssen erst mal geschultert werden. Wo diese zusätzlichen Einsparungen gerade bei uns herkommen sollen, ist absolut vollkommen ungewiss. Für ein Oberzentrum wie Ludwigshafen ist die derzeit bekannte Konzeption allein nicht zwingend und überzeugend. Im Moment werden Musterverträge und -vereinbarungen ausgearbeitet. Diese wird man sich, gemäß dem Motto „der Teufel steckt im Detail“, genauestens anschauen müssen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden kann. Derzeit stellt sich der Entschuldungsfond als „Medizin mit noch nicht absehbaren Nebenwirkungen“ dar. Wir alle wissen, dass Medizin süß aber auch bitter schmecken kann!

Die jetzt angedachte Konstruktion wirft aber meines Erachtens noch viel grundsätzlichere Fragen auf. Der Vertrag zur Regelung des Entschuldungsfonds wird mit dem Land geschlossen werden. Das Land wird der einzelnen Kommune eine Reihe von Auflagen machen, die juristisch verbindlich und deren Nichteinhaltung drastische Folgen haben kann. Das „Kommando“ über Investitionen und Haushaltsvollzug wird damit an das Land abgegeben. Für einen Zeitraum von 15 Jahren ist die kommunale Selbstverwaltung und damit die demokratische, auf kommunaler Ebene legitimierte Einflussnahme durch den Stadtrat ausgesetzt, d.h. der Stadtrat findet nicht mehr statt bzw. nickt nur noch ab.

Wie dies mit der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie vereinbar sein soll, erschließt sich derzeit nicht ohne Weiteres. Unsere Bauchschmerzen als Kommunalpolitiker auch an diesem Punkt sind erheblich. Inwieweit sie ausgeräumt werden können, muss die Diskussion in den nächsten Wochen zeigen.

Fest steht: Der Entschuldungsfonds allein wird die Haushaltsmisere unserer Stadt nicht beenden. Es bedarf eines Ineinandergreifens mehrerer Formen auf unterschiedlichen Ebenen – im Bund und im Land.

Auf Landesebene zählt zu diesen ineinandergreifenden Maßnahmen auch die anstehende Kommunal- und Verwaltungsreform.

So wie die Diskussion derzeit läuft und angelegt ist, geht sie an den großen Städten - im Großen und Ganzen – sang- und klanglos vorbei.

Genaugenommen weist der derzeit laufende Prozess keinerlei Anhaltspunkte dafür auf, die einen Ansatz für eine Verbesserung der Situation der kreisfreien Städte im Land böte. Nachhaltige Verbesserungen für die kreisfreien Städte sind derzeit nicht erkennbar. Die Frage, welche Verwaltungsebene in Zukunft für die Erteilung von Jagdscheinen zuständig sein soll, mag für die unmittelbar betroffenen ungeheuer spannend sein. Aus Sicht der Stadt Ludwigshafen sind derlei Fragestellungen nicht unbedingt von existenzieller, zukunftsweisender Bedeutung. Es bleibt abzuwarten, welchen Fortgang der Verwaltungsreformprozess nach der Landtagswahl nehmen wird.

Ich komme zurück zum eigentlichen Haushalt 2011. Dieser Haushalt ist

ein Notlagenhaushalt. Er kombiniert den in der Vergangenheit begonnen Spar- und Konsolidierungsprozess, der erstmals unterlegt ist mit konkreten Einsparzielen aus dem Benchmark-Prozess – auf der einen Seite, mit dem dringend, für die Stadt unerlässlich Notwendigen auf der anderen Seite.

Für die CDU unerlässlich notwendig sind die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe und der sozialen Hilfe. Jeder, der auf eine dieser Hilfen angewiesen ist, wird sie auch weiterhin bekommen.

Ebenso unerlässlich notwendig sind für uns aber auch die Ausgaben im sogenannten „freiwilligen Bereich“ - also in Bereichen wie Sport, Kultur und der Unterstützung der zahlreichen Vereine und Institutionen – auch im Sozialbereich.

Durch ehrenamtliches Engagement wird hier vielfältig Hervorragendes für die Gemeinschaft in unserer Stadt geleistet. Dieses Engagement ist Ausdruck gelebter Subsidiarität und der Bürgergesellschaft. Es verdient nach wie vor unserer volle Unterstützung. Deswegen, meine Damen und Herren, bleiben die Ansätze in diesen Bereichen, insbesondere die Höhe der Zuschüsse, auch 2011 unverändert und werden nicht weiter gekürzt. Wenn das Land, wenn die ADD hier kürzen möchte, dann möge sie das anordnen. Die CDU hält hier konsequent an ihrem Kurs fest: Keine weiteren Kürzungen der Zuschüsse in diesen für unser städtisches Gemeinwesen und Leben so wichtigen Bereiche, meine Damen und Herren.

Für unerlässlich notwendig erachten wir auch die Investitionen in den Zukunftsbereichen Kinder, Jugend und Bildung.

3,8 Mio. Euro für Bau und Erweiterung von Kindertagesstätten und 9,7 Mio. Euro für Schulbaumaßnahmen machen deutlich, dass auch 2011 hier ein ausgewiesener Schwerpunkt liegt. Insgesamt geht es um 40 Baumaßnahmen.

Bis 2014 sind hier insgesamt 43 Mio. Euro vorgesehen. Hinzu kommen Investitions-kostenzuschüsse für die Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft von mehr als 11 Mio. Euro. Insgesamt investieren wir also in den nächsten drei Jahren in diesem Bereich 54 Mio. Euro.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Vereinbarung zwischen den freien Trägern, der GAG und der Stadt Ludwigshafen, die wir heute unter Tagesordnungspunkt 7 behandeln und der wir zustimmen werden. Über dieses Modell gelingt es uns, die kirchliche Trägerschaft von insgesamt 15 Kindertagesstätten in unserer Stadt und die von uns stets geforderte und geförderte Vielfalt der Trägerlandschaft bis 2019 zu sichern. Zugleich werden wir damit den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab 2 Jahre gerecht. Der vorliegende Erbbaurechtsvertrag ist das Ergebnis von langen, nicht immer ganz einfachen Verhandlungen und kann nun hoffentlich zügig unterzeichnet werden. Allen Beteiligten, insbesondere der zuständigen Dezernentin, Frau Prof. Reifenberg, sowie der GAG gilt hierfür unser besonderer Dank.

Ich nutze die Gelegenheit, an die Verantwortlichen der beiden großen

Kirchen in unserer Stadt zu appellieren, möglichst bald die entsprechenden positiven Beschlussfassungen herbei zu führen. Alles andere wäre wenig Ziel führend und würde das ganze Modell, das für Rheinland-Pfalz einzigartig ist, einschließlich der vor geraumer Zeit getroffenen Kooperationsvereinbarung unsinnigerweise in Frage stellen.

Die größte Investition der nächsten Jahre, aber auch die größte Unbekannte, stellt im Moment die „Hochstraße Nord“ dar. Der Untersuchungs- und Planungsansatz von insgesamt 1 Mio. Euro in diesem Haushalt ist quasi ein Merkposten. Erst wenn ein Gesamtkonzept vorliegt, können weitere Entscheidungen getroffen werden.

Schon jetzt ist aber klar, das Projekt berührt massiv die Entwicklung unserer Stadt. Es wird sich als ein Prozess darstellen, der über mehrere Jahre dauern wird. Darauf müssen wir die Menschen in unserer Stadt einstimmen und auf dem Weg rechtzeitig mitnehmen. Die Finanzierung wird nur klappen, wenn Bund und Land mit der Stadt in einem Boot sitzen. Ein Drittel Anteil der Stadt an der Gesamtfinanzierung – wie jetzt angedacht – ist entschieden zu hoch. Für die CDU Fraktion wiederhole ich die Forderung nach einer Maximalförderung durch Bund und Land. Die jetzt angedachte Drittelung ist bestenfalls ein Minimum.

Fortgesetzt wird 2011 und danach der Stadtumbauprozess „Heute für Morgen“. Die Rheinuferpromenade wurde in abgespeckter Form im vergangenen Jahr realisiert. Die Sanierung der Stadtbibliothek kommt. Bürgerhof und Passagendurchgänge sind 2011 kein Thema – sind also

geschoben.

Vom Erfolg der ECE Rheingalerie werden auch die anderen Fußgängerzonenbereiche profitieren. Die aktuellen Leerstände in der „nördlichen Bismarckstraße“ muss man beobachten. Sie sind jedoch kein Anlass für Panik oder Hysterie.

In allen Stadtteilen werden die Straßenaufbauprogramme bei weitestgehend unveränderten Beitragssätzen umgesetzt, wie sie von den Ortsbeiräten beraten und beschlossen wurden. Das Baudezernat hatte zuvor den Ortsvorstehern und Ortsbeiräten tragbare und realistische Vorschläge unterbreitet. Auf dieser Basis wurden die endgültigen Beschlüsse herbeigeführt. Für die bei dieser Diskussion und Beschlussfassung bewiesenen Ausgabendisziplin und die Orientierung am Machbaren danke ich den Ortsbeiräten an dieser Stelle ausdrücklich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

man mag zu sogenannten Städterankings stehen, wie man will. Man darf sich jedoch nichts vormachen: Derartige Hitlisten wirken meinungsbildend und beeinflussen Entscheidungen etwa bzgl. der Wahl des Arbeits- und des Wohnortes oder auch bzgl. des Standortes für ein Unternehmen. Auch über die Methodik, wie solche Rankings zustande kommen, lässt sich streiten. Allen derartigen Erhebungen gemeinsam ist jedoch, dass bestimmte Indikatoren zugrunde gelegt und gewichtet werden. Einzelne

Indikatoren sind oft ausnahmslos

1. Arbeitsmarkt (Arbeitslosenquote, Arbeitsplatzversorgung in einer Stadt)
2. Wohlstand (Kaufkraft)
3. Wirtschaft- und Sozialstruktur (Harz IV-Empfänger, demographische Entwicklung)
4. Standortqualität (auch sogenannte weiche Standortfaktoren).

Gerade mit Blick auf diese Indikatoren bereitet uns die Beschäftigungssituation und der Umgang mit Arbeitslosigkeit in unserer Stadt doch Sorgen. Konkret geht es um die Situation unserer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft, der GeBeGe und die allgemeine Arbeitsmarktsituation in unserer Stadt.

Die GeBeGe muss in diesem Jahr die Auswirkungen der Änderungen im SGB II – Stichwort „Wegfall der 1 Euro Jobs“ – verkraften. Ein daraus sich ergebendes Defizit von neu 600.000 Euro wie vom Kämmerer im Dezember 2010 zunächst noch befürchtet, wäre mit Sicherheit nicht hinzunehmen, der Bevölkerung nicht zu vermitteln und das Ende der kommunalen Beschäftigungsförderung durch die GeBeGe in unserer Stadt gewesen. Der Ansatz für das auszugleichende Defizit wird jetzt ausweislich der im Rahmen der Beratungen im Hauptausschuss vorgelegten Änderungsliste gegenüber dem Vorjahr um 100.000 auf 300.000 erhöht. Diese jetzt aktuelle Annahme, mit diesem Ansatz auszukommen, ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der

Verwaltung und der GeBeGe, die in den letzten Monaten entsprechende Vorschläge und Konzepte erarbeitete. Hinzu kommt eine mündliche Zusage der GfA, durch geeignete Fördermaßnahmen und Förderungen unsere Beschäftigungsgesellschaft zu unterstützen. Ich danke an dieser Stelle allen Beteiligten für diese geleistete Arbeit. Die CDU hofft, dass damit Wege gefunden werden, die es in Zukunft auch erlauben an der GeBeGe und dem Angebot kommunaler Beschäftigungsförderung in der bisherigen Form in unserer Stadt festzuhalten.

Ungeachtet dessen ist aber gerade die eigentliche Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in unserer Stadt absolut unbefriedigend. Die erstaunlich schnelle Erholung nach der Wirtschaftskrise und der sich beschleunigte demographische Wandel haben in manchen Regionen in Rheinland-Pfalz zu derart niedrigen Arbeitslosenquoten geführt, die es in der Tat rechtfertigen, von Vollbeschäftigung zu sprechen. Dies gilt zum Beispiel auch für den Rheinpfalzkreis. An unserer Stadt scheint dieser Boom jedoch vorüber gegangen zu sein. Die Arbeitslosenquote für das Stadtgebiet bewegt sich unverändert um die 8,5 %, zuletzt wieder mit steigender Tendenz. Die 10 % Marke, die in den zurück liegenden Jahren wie ein Betonsockel in die Statistik eingegossen war, scheint einmal mehr wieder vorprogrammiert. Dies ist alles andere als Image fördernd. Nach unserer Auffassung müssen die Förderinstrumente, um Menschen – insbesondere Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose – in dauerhafte Beschäftigung zu bringen, auf den Prüfstand. Was nutzt uns hier in Ludwigshafen die bundesweit festzustellende generelle Erholung am Arbeitsmarkt, wenn die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt bestenfalls

stagniert oder gar wieder steigt? Hier muss die Arbeitsverwaltung neue Konzepte entwickeln und gemeinsam mit den Verantwortlichen in unserer Stadt auf den Weg bringen – Konzepte, die dazu beitragen, die Positionierung und Bewertung der Beschäftigungssituation in unserer Stadt zu verbessern.

Prägend für die Wertschätzung einer Stadt ist auch die Servicequalität ihrer Verwaltung. Es ist erfreulich, dass in den zurückliegenden Jahren Erlaubnisse etwa im Baubereich von unserer Verwaltung in Rekordbearbeitungszeit erteilt wurden. Mit Recht wurden die Verantwortlichen und Mitarbeiter nicht zuletzt von Investoren dafür gelobt. Als kundenfreundlich wertet die CDU Fraktion auch die Einführung der sogenannten „D115 – Nummer“, die wir vor wenigen Wochen beschlossen haben. Dieser Service wird als bürgernah und kundenorientiert von den Bürgerinnen und Bürgern – besser: Von den Kunden – angenommen werden. Vorausgesetzt: Die Umsetzung funktioniert. Die Einführung der D 115-Nummer wird trotz der Förderung durch den Bund zunächst zusätzliche Kosten verursachen. Welche Synergieeffekte und echte Einsparungen in der weiteren Folge aufgrund der D 115-Nummer zu erwarten sind, wird die Zukunft zeigen. Uns schwebt vor, dass man nach einer gewissen Zeit – etwa zum Jahresende 2012 – die gewonnenen Erfahrungen sammelt, die Erkenntnisse auswertet und Konsequenzen ergreift, mit dem Ziel, Verwaltungsabläufe und –prozesse noch weiter zu optimieren.

Keiner, der in dieser Stadt Verantwortung trägt, sei es in der Verwaltung,

sei es in der Politik, will, dass Sparen gleichgesetzt wird mit dem Streichen oder der weiteren Einschränkung von Leistungen. Trotzdem bleibt die Frage auf der Tagesordnung, wie viel Stadt und kommunale Leistung, zu welchem Preis wir auf Dauer in Ludwigshafen vorhalten wollen und können. Ich glaube, die überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger ist in diesem Punkt viel vernünftiger, als wir oft wahrhaben wollen. Die Menschen erwarten von der Stadt gerade nicht, das wir den Service eines 4-Sterne-Hotels zum Preis einer einfachen Vorort-Pension anbieten. Sie wollen, dass alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung über Effizienzsteigerung und Kostenminderung nachdenken, wie sie es selbst aus ihrem Leben kennen – aufgrund ihrer Erfahrungen am Arbeitsplatz, in den Betrieben und nicht zuletzt im eigenen Haushalt. Deswegen gibt es keine Alternative zur Fortsetzung des Konsolidierungs- und Benchmark-Prozesses. Und wir haben die Verpflichtung über weitere Maßnahmen hin zu einer noch kostengünstigeren Verwaltung und öffentlichen Leistungserbringung nachzudenken und diese umzusetzen.

Dabei gelten die bisherigen Rahmenbedingungen unverändert fort. Zu diesen nicht zur Disposition stehenden Rahmenbedingungen zählt für die CDU Stadtratsfraktion nach wie vor der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Bezüglich aller anderen Überlegungen gibt es jedoch kein Denkverbot!

Zu den weichen Standortfaktoren zählt auch der Stellenwert der Kultur in einer Stadt. Dabei meine ich Kultur im weitesten Sinn. Mit Pfalzbau, Wilhelm-Hack-Museum, Ludwig-Reichert- Haus, dem damit

einhergehendes Angebot auch der vielen Initiativen haben wir - objektiv - diesbezüglich hervorragende Bedingungen. Kultur ist aber auch immer dynamisch und nach vorne gerichtet. Kreativität hat immer etwas Bewegendes und Impulsgebendes und ist ein wichtiger Faktor für die Qualität einer Stadt und für die Menschen die hier wohnen, leben und arbeiten.

Ein solch kreativer Prozess ist insbesondere auch die Bewerbung Mannheims und der Metropolregion als Europäische Kulturhauptstadt 2020. Ludwigshafen unterstützt bereits seit geraumer Zeit über den Verband Region Rhein Neckar das regionale Kulturbüro, das diese Bewerbung vorbereitet. Im Haushalt 2011 werden jetzt ausdrücklich 25.000 Euro eingestellt um diesen Prozess mit noch mehr Substanz eigenständig zu untermauern. Dies wird von der CDU-Stadtratsfraktion ausdrücklich begrüßt.

Essen und das Ruhrgebiet haben 2010 gezeigt: Es geht um einen Entwicklungsprozess für die Städte und Regionen, in denen neben Kultur im engeren Sinn – also Kunst – auch alle wichtigen und entscheidenden Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie Bildung, Migration, Arbeit, Dialog der Kulturen und Religionen, Leben, Wohnen, Umwelt, Soziales, Sport und Lebensart in einem intensiven Prozess weiterzuentwickeln sind.

Allein der Prozess der Vorbereitung der Bewerbung in diesem und im nächsten Jahr bietet bereits die Chance, wertvolle Ideen und Impulse für die Fortentwicklung der kulturellen Szene in unserer Stadt zu gewinnen.

Diese Chance sollten wir entschieden nutzen, meine Damen und Herren.

Ludwigshafen ist unstrittig das linksrheinische Oberzentrum, das Oberzentrum der Vorderpfalz. Die Ansiedlungserfolge, die Bevölkerungsentwicklung und der Bevölkerungszuwachs der jüngeren Vergangenheit untermauern die Richtigkeit dieser Aussage. Jedoch wird diese Einordnung unserer Stadt außerhalb Ludwigshafens in der linksrheinischen Region wenig beachtet. Hier dominiert aus den unterschiedlichsten Gründen, deren Ursachen teilweise weit in der Vergangenheit liegen, die kritische, ja ablehnende Distanz zu unserer Stadt. Ein Lokaljournalist aus der Region hat es im Rahmen einer Gesprächs-runde in unserer Fraktion vor wenigen Wochen treffend auf den Punkt gebracht: Ludwigshafen wird zwar vom Umland respektiert, aber nicht geliebt.

Es liegt auf der Hand, dass diese eher psychologisch zu sehende Haltung dem Gedanken der regionalen Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt in der Region nicht förderlich ist. Wie diese grundsätzlich negative Haltung sich quasi durchzieht wie ein roter Faden, lässt sich zum Beispiel auf die in unserer vorderpfälzischen Nachbarschaft angestoßene Diskussion um freiwillige Kooperationen bzw. Fusionen bisher selbständiger Gemeinden festmachen. Konkret verweise ich auf die Reformdiskussion in Neuhofen, Limburgerhof und Mutterstadt. Die Einwohnerzahl dieser bislang selbständigen Gemeinden ist vergleichbar derjenigen kleinerer oder mittelgroßer Stadtteile Ludwigshafens. Zusammenaddiert entspricht die Zahl etwa der Einwohnerzahl von Mitte und Süd. Warum ich dieses

erwähne? Mir geht es weniger um den konkreten Sachverhalt. Den Lauf der Dinge als solches werden wir insoweit nicht aufhalten können.

Nachdenklich macht die weitergehende subtile Botschaft: Auf keinen Fall Ludwigshafen! Diese an vielen Punkten festzumachende Aversion des vorderpfälzischen Umlandes gegen unsere Stadt – ich nenne an dieser Stelle bewusst auch das Stichwort Sparkassenfusion – ist bedrückend. Sie führt auch unweigerlich zu der Frage: Braucht Ludwigshafen die Region oder braucht die Region eher Ludwigshafen?

Diese Frage muss an dieser Stelle nicht beantwortet werden, sie zu stellen allein, führt zu einer weitergehenden Schlussfolgerung: Image als das Bild, das andere von uns haben, hat auch immer damit zu tun, welches Bild wir abgeben und mit welchem Selbstbewusstsein wir auftreten. Wir meinen, es ist an der Zeit hier selbstbewusster aufzutreten. Das Jahr 2011 gibt uns Gelegenheit dieses neue Selbstbewusstsein an dem ein oder anderen Projekt, in der ein oder anderen Diskussion mit regionalem Bezug stärker als bisher einzusetzen und zur Geltung zu bringen.

Der Haushalt 2011 ist der letzte Haushalt, der von Kämmerer Wilhelm Zeiser verantwortlich erstellt wurde. In seiner Haushaltsrede hat der Kämmerer angekündigt, was er in den letzten Monaten seiner Amtszeit zum Wohle unserer Stadt noch erreichen wird. Für Lob- und Abschiedsworte ist es also noch zu früh. Dennoch: für die CDU-Stadtratsfraktion und auch ganz persönlich nutze ich heute schon die Gelegenheit, Dir, lieber Wilhelm, aufrichtig zu danken - für Deinen Einsatz, für Deine Leidenschaft und für Deine Fähigkeit, im Interesse der Sache

und der Stadt, Brücken zu bauen und Kompromisse herbei zu führen, so dass politisches Lagerdenken in den Hintergrund gedrängt wurde und keine Rolle spielte. Dafür unseren ausdrücklichen Dank.

In diesen Dank schließe ich besonders auch den Bereichsleiter Finanzen, Herrn Lutz Hofmann, mit ein. Auch für Sie, Herr Hofmann, stellt der Haushalt 2011 eine Zäsur dar. Sie gehen im Laufe dieses Jahres in den Ruhestand. Als „stellvertretender Kämmerer“ haben Sie hervorragend und sachkundig das Finanz- und Haushaltswesen der letzten Jahre in unserer Stadt geprägt und zahlreiche Prozesse – ich nenne hier nur die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik – erfolgreich mit gestaltet. Nochmals herzlichen Dank!

Abschließend bedanke ich mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushalts 2011 beteiligt waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz unverändert dramatisch schlechter Finanzlage der Kommune, trotz der offenen Fragen die ich erwähnt habe – Stichworte: Gemeindefinanzreform, Reform des interkommunalen Finanzausgleiches, Schuldenfonds und ähnliche mehr – und trotz aller möglichen Gefährdungen, die wir nicht beeinflussen können schafft dieser Haushalt Perspektiven für unsere Stadt. Er schafft Möglichkeiten, Ludwigshafen auch 2011 weiter auf dem Wachstumspfad zu halten und voran zu bringen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimmt dem Haushalt 2011 in der heute vorgelegten Form zu. Ich danke für Ihre

Aufmerksamkeit.